



Bürgerrat »Ernährung im Wandel«

Was bleibt?

Seit Jahrzehnten wird über die richtige Ernährung diskutiert. Um bei dem Thema voranzukommen, hat der Bundestag einen Bürgerrat ins Leben gerufen, der nach knapp vier Monaten Arbeit neun Empfehlungen ans Parlament abgegeben hat. **Horst Hamm** ging der Frage nach, ob dies zu einer besseren Ernährung und nebenbei auch noch zu einem demokratischeren Miteinander führt.

Es war ein Paukenschlag. »Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder als Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit«, lautete die erste Empfehlung des Bürgerrats »Ernährung im Wandel«. Das habe oberste Priorität und solle trotz leerer Staatskassen binnen acht Jahren umgesetzt werden, auch wenn Fachleute die jährlichen Kosten auf rund fünf Milliarden Euro beziffern. Zunächst in Kitas und Kindergärten, dann in den Klassen 1 bis 4 und zuletzt in den restlichen Klassen.

Wie ist die Bedeutung dieser und der weiteren Empfehlungen des Bürgerrats an den Bundestag einzuschätzen? Der Verein »Mehr Demokratie« führt Irland als positives Beispiel an: Hier hat ein Bürgerrat geholfen, die gleichgeschlechtliche Ehe einzuführen und das Abtreibungsrecht zu legalisieren. »Das waren in dem katholisch geprägten Land hochstrittige Themen, denen sich keine Partei verschreiben wollte«, so Vorstandssprecherin Claudine Nierth. »Nachdem sich dann aber ein Bürgerrat dafür ausgesprochen hatte, wurden die notwendigen Gesetzesänderungen nicht nur vom Parlament, sondern auch in einem Verfassungsreferendum angenommen.« Mit diesem erfolgreichen Vorbild vor Augen hat sich der Verein bereits 2019 an den Deutschen Bundestag gewandt und vorgeschlagen, ein derartiges Instrument auch hierzulande einzuführen. »Der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat dann gesagt: Schad' nix, beschtenfalls bringt's was, probiere Sie's aus, Frau Nierth«, erinnert sich die Vorstandssprecherin.

Gesagt, getan: Auf eigene Kosten und unter Schäubles Schirmherrschaft hat der Verein zunächst die Bürgerräte »Demokratie« (2019) und »Deutsch-

lands Rolle in der Welt« (2020) einberufen. Dann setzte vergangenen Mai erstmals der Bundestag einen Bürgerrat ein: »Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben« war der offizielle Titel. Die Teilnehmenden waren aufgefordert, »Fragen zu gesundem und bezahlbarem Essen für alle, zu Haltungsbedingungen von Nutztieren, transparenter Lebensmittelkennzeichnung, Lebensmittelverschwendung und zur Produktion von Produkten zu diskutieren« – und nebenbei auch noch Empfehlungen dazu abzugeben, ob der Staat sich überhaupt in das sehr private Thema Ernährung einmischen solle.

20.000 Menschen wurden zunächst aus Einwohnermelderegistern in ganz Deutschland gelost und gefragt, ob sie bei dem Bürgerrat mitmachen würden. Mindestalter: 16 Jahre. Gut jeder Zehnte signalisierte ein »Ja«. Die 160 Mitglieder, die schließlich einberufen wurden, sollten den Querschnitt der Bevölkerung abbilden – nach Alter, Geschlecht, regionaler Herkunft, Gemeindegröße und Bildungshintergrund. Selbstverständlich wurden auch die Ernährungsgewohnheiten – 88 Prozent Fleischesser, 2 Prozent Veganer, 10 Prozent Vegetarier – bei der Auswahl berücksichtigt. »Das Zufallsprinzip bei der Zusammenstellung war dabei enorm wichtig«, sagt Claudine Nierth, »es gab keine Lobbys und keine Cliques. Die Menschen konnten ganz ohne Vorbehalte an die verschiedenen Themen herangehen und ihre Alltagserfahrungen einbringen.« Vergangenen September startete das Bürgergremium. An drei Präsenzwochenenden in einem Berliner Hotel sowie sechs Online-Abenden haben sie im Plenum und in Kleingruppen mit Hilfe von Fachleuten und einer neutralen Moderation um das breite Thema gerungen.



ERNÄHRUNGSSTRATEGIE DER BUNDESREGIERUNG: RICHTIGE ANSÄTZE, ABER WENIG KONKRETES.

Fast zeitgleich zu den Empfehlungen des Bürgerrats hat die Bundesregierung ihre Ernährungsstrategie vorgestellt. Slow Food Deutschland begrüßte das Papier als »Türöffner für eine gute, saubere und faire Ernährung«. Zugleich mahnte der Verein eine zeitnahe Umsetzung und bessere Finanzierung an.

Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung formuliert sechs Ziele:

■ AUSGEWOGEN ESSEN UND AUSREICHEND BEWEGEN:

Die Menschen sollen dabei unterstützt werden, weniger Zucker, Fette und Salz zu sich zu nehmen und sich ausreichend mit wichtigen Nährstoffen wie Jod, Eisen, Vitamin D und Folat zu versorgen.

■ MEHR GEMÜSE, OBST UND HÜLSENFRÜCHTE:

Dafür sollen die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung verbindlich umgesetzt und pflanzliche Angebote attraktiver gemacht werden.

■ SOZIAL GERECHTER ZUGANG ZU GESUNDER UND NACHHALTIGER ERNÄHRUNG:

Hier liegt der Fokus auf dem gesunden Aufwachsen junger Menschen und der Bekämpfung von Ernährungsarmut.

■ GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG VERBESSERN:

Schulen, Kantinen und Kindertagesbetreuung sollen eine gesunde und nachhaltige Ernährung mit vorwiegend pflanzlichen, saisonalen und möglichst regionalen und ökologisch erzeugten Lebensmitteln so anbieten, dass junge Menschen gerne zugreifen.

■ MEHR NACHHALTIGE UND ÖKOLOGISCH ERZEUGTE LEBENSMITTEL:

Die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln auf Pflanzenbasis soll mit Rohwaren gedeckt werden, die in Deutschland nachhaltig angebaut und verarbeitet werden können – was das Ernährungssystem resilienter macht und die regionale Wertschöpfung stärkt.

■ LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG VERRINGERN:

Bis 2030 sollen die Lebensmittelabfälle halbiert werden.

► www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsstrategie.html

Bereits vier Monate später hat der Bürgerrat dann im Januar seine Empfehlungen an die Politik abgegeben. Dass kostenfreies Mittagessen für Kinder ganz oben auf der Agenda steht, ist kein Zufall. 70 Prozent der Erkrankungen in Deutschland sind ernährungsbedingt und mehr als ein Fünftel aller Kinder so mangelernährt, dass sie ihre kognitiven Fähigkeiten nicht entwickeln können, hat das Gremium von Expert*innen erfahren. Wenn nicht nur die Symptome, sondern

gleich die Ursachen behandelt würden, dann ließen sich mittel- und langfristig weit mehr an Gesundheitsausgaben einsparen als die fünf Milliarden Euro, die das Gratis-Mittagessen pro Jahr vermutlich kostet. Da war der gesunde Menschenverstand quasi Pate der Empfehlung. »Es lohnt sich auch ein Blick ins Nachbarland Frankreich«, ergänzt Peter Wogenstein vom Ernährungsnetzwerk Niedersachsen. Dort erhalte der Nachwuchs ein kostenloses Drei-Gänge-Menü: »So ler-



nen die Kinder gleich noch, was Genuss ist.« In Schweden gibt es bereits seit Jahrzehnten das Mittagessen für Kinder umsonst. Eine Studie dort kam zu dem Ergebnis, dass Kinder, die zwischen 1959 und 1969 über die gesamte Schulzeit ein Gratis-Mittagessen bekamen, im Schnitt einen Zentimeter größer wurden, eine bessere Gesundheit hatten und im Laufe ihres Lebens sogar drei Prozent mehr verdienten.

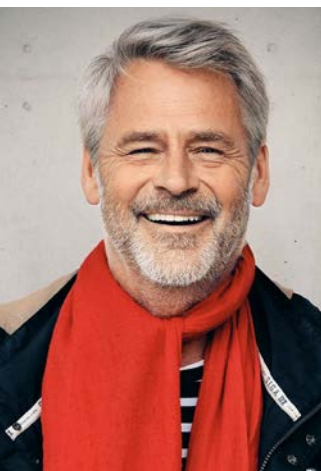
Unter Punkt 2 fordert der Bürgerrat von der Politik »ein verpflichtendes staatliches Label«, mit dem bewusstes Einkaufen leichter gemacht wird. »Das Label soll die Bereiche Klima, Tierwohl und Gesundheit einzeln berücksichtigen und wissenschaftlich fundiert sein.« Punkt 3 richtet sich gegen die Lebensmittelverschwendung: »Supermärkte und andere Lebensmittelgeschäfte ab einer Größe von 400 Quadratmetern Verkaufsfläche sollen verpflichtet werden, noch genießbare Lebensmittel, die sonst weggeworfen würden, an gemeinnützige Organisationen weiterzugeben.« In Frankreich ist das seit fast zehn Jahren der Fall, ebenso in Tschechien.

Ein verpflichtendes und staatlich kontrolliertes, ganzheitliches Tierwohllabel wiederum soll den gesamten Lebenszyklus von Nutztieren abbilden (Punkt 4). Ebenso empfiehlt der Bürgerrat einen neuen Steuerkurs für Lebensmittel – Obst und Gemüse in Bio-Qualität, Hülsenfrüchte, Nüsse, Vollkornge-

treide sowie Mineral- und Tafelwasser würden hier sogar komplett von der Mehrwertsteuer befreit (Punkt 5). Die weiteren Empfehlungen: eine gesunde und ausgewogene Ernährung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Punkt 6), eine zweckgebundene Verbrauchsabgabe auf tierische Produkte zur Förderung des Tierwohls (Punkt 7), eine Altersgrenze von mindestens 16 Jahren für Energydrinks (Punkt 8) und schließlich mehr Personal für Lebensmittelkontrollen und bessere Transparenz (Punkt 9).

Der Erfolg des Bürgerrats hängt davon ab, wie ernst die Politik seine Empfehlungen nimmt. Diese kommen zunächst in den Landwirtschafts- und Ernährungsausschuss, später ins Parlament. »Wenn sich die Parteien jetzt in Machtkämpfen verheddern und jeweils nur ihre Lieblingsempfehlungen herauspicken, dann wird die Frustration groß sein«, bringt Claudine Nierth die Befürchtungen auf den Punkt. »Ich hoffe aber, dass das nicht geschieht.« Ein erneuter Blick nach Irland gibt Grund zur Hoffnung: Dort genießen Bürgerräte mittlerweile eine hohe Anerkennung – sowohl bei der Bevölkerung als auch in der Politik. »Dahin müssen wir kommen«, hofft Claudine Nierth und macht gleich noch einen Vorschlag: »Warum nicht statt einer Talkshow einen Ausschnitt aus einer Bürgerratssitzung im Fernsehen senden?«

➔ www.buergerrat.de/aktuelles/buergerrat-zu-ernaehrung-beendet-seine-arbeit



Peter Wogenstein ist Sprecher des Ernährungsrats Niedersachsen, der die Arbeit des Bürgerrats kritisch begleitet hat.

Interview

»Der Widerstand der Lebensmittelindustrie ist groß«

Slow Food Magazin: Wie beurteilen Sie die Arbeit und die Empfehlungen des Bürgerrats?

Peter Wogenstein: Ich war tief beeindruckt, es war ein sehr transparenter und hoffnungsvoller Prozess. Alles ist dokumentiert und die Arbeitsweise gut beschrieben, die Inputs von Fachleuten sind für alle nachlesbar. Und von den Ergebnissen bin ich begeistert. Was jetzt vorgelegt wurde, haben wir Ernährungsräte bundesweit bereits thematisiert. Ich hätte mir vielleicht an manchen Stellen noch mehr gewünscht, beispielsweise eine Zuckersteuer, die es in Großbritannien bereits gibt, oder auch eine Empfehlung zur Kennzeichnung ungesunder Lebensmittel nach dem Vorbild Chiles: Dort warnen auf Verpackungen bis zu fünf schwarze Punkte vor einem Kauf.

Und es fehlt mir das Thema Ernährungsarmut. Jedes sechste, siebte Grundschulkind in Deutschland kommt ohne Frühstück in die Schule. Aber insgesamt sprechen die Empfehlungen zentrale Aufgaben an.

Was hat Chancen, auch umgesetzt zu werden?

Ich fürchte, dass es sehr schwierig wird. Der Bundestag müsste zu einer lösungsorientierten Politik kommen. Die Gesundheitsverbände sprechen beispielsweise von über 60 Milliarden Euro Folgekosten ungesunder Ernährung, deshalb empfiehlt der Bürgerrat ja ein kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder als Investition in die Zukunft. Aber öffentliche Gelder allein sind nicht das Entscheidende. So muss z.B. Ernährung Teil des Lehrplans werden.

Foto: privat



War der Bürgerrat also nur eine Art Alibiveranstaltung?

Nein, auf keinen Fall! So wie der Prozess angelegt war, kann ich nur sagen: Das war sehr ernst gemeint. Aber ich glaube nicht, dass sich die Lebensmittelindustrie mit einem Umsatz von 238 Milliarden Euro im Jahr 2023 ihr Geschäft kaputtmachen lässt. Deren Widerstand ist groß. Und deren Lobby wird alles tun, damit alles so bleibt wie es ist.

Macht es nicht mehr Sinn, gleich Fachleute zu fragen, was die Regierung machen soll?

Das wird ja gemacht. Aber was ist denn aus dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Ernährung aus dem Jahr 2020 geworden? Was aus dem Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft vom Juli 2021? Die Politik hat davon nichts oder fast nichts umgesetzt. Vielleicht, das ist meine Hoffnung, kann

ein Bürgerrat mehr erreichen – weil er dem Bundestag ein klares Meinungsbild darüber vermittelt, was der Querschnitt der Bevölkerung zu Ernährung im Wandel denkt.

Die Bundesregierung selbst hat fast parallel zur Arbeit des Bürgerrats eine neue Ernährungsstrategie beschlossen. Inwiefern unterscheidet sich die von den Empfehlungen des Bürgerrats?

Die Unterschiede sind sehr klar: In der Ernährungsstrategie werden Ziele formuliert, während der Bürgerrat klare Empfehlungen macht. Die Ziele der Regierung sind sehr schwammig, vieles bleibt offen. Der Bürgerrat empfiehlt, die Mehrwertsteuer für einige Grundnahrungsmittel zu streichen. In der Ernährungsstrategie wird das nicht einmal angerissen. Insgesamt hat die Strategie das Jahr 2050 im Blick – so lange können wir nicht warten. ●

Die einen nennen es

ZEITVERSCHWENDUNG,

wir

Sorgfalt.



MOUNT HAGEN. Kaffee für Fortgeschrittene.

